Einzelpreis 10 Pfg. für Groß-Berlin 10 Pfg. M. auswärts · 5. Jahrg.

Montag, 20. März 1922

Nummer 134 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Frau und Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugendfreund". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Monat März 75.— M., im voraus zahlbar. Für Vorbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saargebiet und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 30.— M., für das übrige Ausland 77.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 10.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen kein Text, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 7.— M. neun pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vom Burenkrieg zum Klassenkampf

Von O. Jenssen

Der Bürgerkrieg in Südafrika ist zu Ende. Die Aeroplane und die Artillerie der Regierung der südafrikanischen Union haben gesiegt über die zum Aeußersten getriebenen bewaffneten Arbeiter der Gewerkschaften der weißen Arbeiter des Goldminengebietes des „Rand". Der ehemalige Burengeneral Smuts, der s. Zt. im Kapland ein erfolgreiches Streikkommando führte und die Schrecken der englischen Kriegsführung in einem Bericht an den Präsidenten Krüger während des Burenkrieges erschütternd schilderte, hat sich als ein brauchbares Werkzeug der englischen Regierung erwiesen. Der Burenkrieg ist durch den „War of Classes" (Klassenkrieg) abgelöst worden.

Der Burenkrieg um die Jahrhundertwende hatte zum Ziel die Einverleibung der Burenrepubliken, in denen das Goldminengebiet von Johannesburg lag. Er endete mit der Unterwerfung jener Viehzüchter, die unter Ausbeutung der Eingeborenen ein behagliches Bauerndasein lebten und sich dem Eindringen des Kapitalismus widersetzten. Die Engländer bemühten sich, die unterworfenen Staaten dem Reiche einzuverleiben durch Gewährung einer Selbstverwaltung und der Nationalismus der Buren nahm sehr schnell ab, obgleich einer der tüchtigsten jüngeren Führer, Richter Herzog, den parlamentarischen Kampf weiter führte.

Die Goldminen entwickelten sich weiter und die Diamantminen in Cimberlay lieferten reiche Ausbeute den Finanzkapitalisten, deren hervorragendster Vertreter Cecil Rhodus seinen Plan der Kap—Kairobahn der Verwirklichung entgegenreifen sah. Das Experiment der Einfuhr chinesischer Kulis, die als Kontraktarbeiter in Massen eingeführt wurden und unter elenden Bedingungen fast wie Gefangene in den Minen arbeiten mußten, wurde nicht wiederholt. Die Arbeiter in den Minen waren Kaffern und zum Teil Inder, die allerdings mehr als Händler in Südafrika in Betracht kommen. Es ist wenig bekannt, daß der hervorragende indische Nationalistenführer Ghandi früher in Südafrika lebte und dort eine großzügige Bewegung für die Gleichberechtigung der Inder in dieser britischen Kolonie leitete. Sein Mittel der passiven Resistenz erzielte bedeutende Erfolge. Die weiße Arbeiterschaft bildet eine Art Arbeiteraristokratie und entwickelte bei der Verschlechterung der Verhältnisse, die einerseits durch die geringere Ergiebigkeit der Minen, die höhere Produktionskosten des Goldes bedingte, herbeigeführt wurde, andererseits eine Folge der allgemeinen Weltwirtschaftskrise war, syndikalistische Tendenzen entsprechend dem Kolonialcharakter des Landes. Die Kämpfe von heute sind nur die Fortsetzung und Verschärfung ähnlicher Konflikte der Vorkriegszeit, wie ein kurzer geschichtlicher Rückblick auf die Gewerkschaftsbewegung Südafrikas beweist.

Gewerkschaftliche Organisationen von einiger Bedeutung waren in Südafrika Zweigvereine der englischen Trade Unions, die von eingewanderten Arbeitern begründet wurden; es bildeten sich aber auch selbständige Organisationen, besonders unter den Verkehrs- und Bergarbeitern.

Das letzte Jahrzehnt brachte eine Reihe sehr heftiger Kämpfe, bei denen auch stark syndikalistische Tendenzen hervortraten. Im Jahre 1913 führte ein Ausstand der Bergarbeiter zu einem Generalstreik, an dem sich auch die Eisenbahner beteiligten. Nachdem dieser Kampf durch Verhandlungen und die Vermittlung der Regierung beigelegt war, brach 1914 ein neuer Generalstreik aus. Beide Streiks wurden mit großer Erbitterung geführt, die Regierung mobilisierte. Es kam zu blutigen Kämpfen und zahlreichen Verhaftungen. 1914 ließ die Regierung schließlich die Hauptführer zwangsweise auf ein Schiff bringen und nach England „deportieren", außerdem schlug sie Gesetze vor, die durch Einführung von Schiedsgerichten usw. die Streikgefahr mindern sollten.

Die „deportierten" Gewerkschaftsführer wurden seinerzeit in England von den Arbeitern mit großen Massenversammlungen empfangen und es setzte eine bestehende Bewegung zugunsten der südafrikanischen Arbeiter ein. Der Weltkrieg machte dieser verheißungsvollen Bewegung ein Ende. Das war um so bedauerlicher, als durch eine engere Fühlung der britischen Arbeiterschaft mit der südafrikanischen sowohl die syndikalistischen Strömungen gemildert, als auch vielleicht eine andere Stellungnahme zu den farbigen Arbeitern erzielt worden wäre. Man darf nicht vergessen, daß in Kapland seit langem die Kaffern Stimmrecht besitzen und daß die allgemeine Erschütterung des Ansehens der weißen Rasse infolge des Weltkrieges auch die schwarzen Ureinwohner Südafrikas aufgerüttelt hat. General Smuts beklagt sich in seinen Geheimberichten während des Burenkrieges über die massenhafte Bewaffnung von Kaffern durch die Engländer und weist auf die Gefahren für die Herrschaft der Weißen hin. Die Buren trieben bekanntlich eine grausame Eingeborenenpolitik und vermieden jede Mischung mit den Afrikanern. Sie sahen in den Eingeborenen nur ein höheres Tier.

Es ist die Aufgabe unserer Zeit, eine Verbindung zwischen den Arbeitern verschiedener Hautfarbe und verschiedener Kulturstufe herzustellen und ein Zusammenwirken der Proletarier aller Rassen zu ermöglichen. Hier liegen die Mängel der bisherigen südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung, die zum Teil durch den Tiefstand der schwarzen Arbeiter bedingt sind, die vom Graal direkt in die Mine kamen, um nach einer gewissen Zeit zum Stamme zurückzukehren. Im Kapland zeigen sich aber heute die Anfänge einer verheißungsvollen Bewegung der schwarzen Proletarier, die noch nach angemessenen Formen sucht. Folgende Mitteilungen sind angesichts der blutigen Niederlage der Arbeiter Johannesburgs von besonderem Interesse:

„Schon vor dem Kriege machten die eingeborenen Arbeiter in Südafrika den Versuch, sich mit Hilfe einer politischen Organisation und einer Zeitung mehr Geltung zu verschaffen. Nunmehr ist in Kapstadt ein größerer Verband der Industrie- und Handelsarbeiter („The Industrial and Commercial Workers Union of South Africa") entstanden, der die gewerkschaftliche Organisation der Eingeborenen anstrebt. In einer Konferenz im Oktober 1921 in Port Elizabeth, die von Vertretern aus dem Osten, Westen und Süden von Afrika beschickt war, wurde die Frage des Anschlusses an eine politische Partei besprochen — jedoch nahm man zunächst noch davon Abstand. Man beschloß aber, sich gegen die Verlängerung der Arbeitszeit zu wenden auf den Eisenbahnen und in den Häfen — das System der Einführung von Kontraktarbeitern in den Industriegebieten wurde verurteilt. Es wurde die direkte Vertretung der eingeborenen Arbeiter in den internationalen Arbeitskonferenzen gefordert — bessere Lebensmöglichkeiten derselben — Errichtung von Heilanstalten, namentlich auch in den Bergwerken des Transvaals usw. Der Vorsitzende Gumbo forderte zur Zusammenfassung aller Kräfte der farbigen Arbeiter auf. Ein Verband sollte gebildet werden, der alle farbigen und eingeborenen Rassen umfaßt und dann praktische Arbeit leistet."

Bei den völlig ungenügenden Mitteilungen über den Streik und die Kämpfe im Goldminengebiet wissen wir nicht, wie sich die Eingeborenen zu der Bewegung der weißen Arbeiter gestellt haben. Jedenfalls dürfte die Lehre des jetzigen Streiks die sein, daß unbedingt ein enges Zusammenarbeiten von Weißen und Schwarzen geboten ist. Die schwache industrielle Entwicklung Südafrikas mit Ausnahme des Minengebietes und die Zersplitterung der Gewerkschaften drängen zu einer Zusammenfassung der Kräfte, wie ein Blick auf folgende Zahlen beweist: Ende 1919 gab es in der südafrika-

Vor der Entscheidung der Reparationskommission

Bedingungen für ein Moratorium

FP. Paris, 20. März.

Wie der „Temps" schreibt, wird die Reparationskommission, die sich heute versammeln wird, folgende Garantien für die Gewährung eines beschränkten Moratoriums von Deutschland fordern: **Autonomie der Reichsbank, Ordnung des Reichshaushalts durch die Ausgabe einer inneren Anleihe oder neue Steuern; Unterdrückung der Kapitalflucht, Maßnahmen für die Wiedererlangung der im Auslande gebrachten fremden Devisen, Beschränkung des Banknotenumlaufs und periodische Veröffentlichung von Finanz- und Handelsstatistiken wie vor dem Kriege.** Für die Durchführung dieser Maßnahmen wird eine kurze Frist gewährt werden. Die Durchführung wird vom Garantie-Komitee überwacht, dem die deutsche Regierung die weitestgehende Mithilfe zu gewähren hat.

Der „Matin" schreibt, die Reparationskommission werde in ihrer heutigen Sitzung wahrscheinlich die Vorschläge von Cannes für die deutschen Reparationszahlungen gut heißen, aber eine Abänderung werden die in Cannes aufgestellten Zahlen nicht erfahren.

Die siebente Rate

Paris, 18. März.

Die Reparationskommission teilt folgendes mit: Gemäß der Entscheidung der Reparationskommission, die in Cannes Straßenbahnwagen wurde eine Bombe geschleudert, die einen Auslandsdevisen an die von dem Garantieausschuß bezeichneten Banken eine siebente Zehntagezahlung in Höhe von 31 Millionen Goldmark geleistet.

Vertrauensvotum für Facta

FP. Rom, den 19. März.

Mit 275 gegen 89 Stimmen bei einer Stimmenthaltung hat die italienische Kammer dem Kabinett Facta ihr Vertrauen ausgesprochen, indem sie die Regierungserklärungen annahm und zur Tagesordnung überging. Gegen das Vertrauensvotum stimmten die Sozialdemokraten und Kommunisten, die Kammergruppe Sardinien und die Republikaner.

In der italienischen Kammer äußerte sich der neue Außenminister Schanzer über Italiens Programm für die Konferenz in Genua. Er sagte u. a., die italienische Regierung habe ein lebhaftes Interesse daran, der Konferenz den vollen Erfolg zu sichern. Italien werde weiter eine Politik verfolgen zur Wahrung seiner eigenen Interessen. In der Welt müßten Friedensgarantien geschaffen werden, die friedliche Lösungen der Völkerkonflikte ermöglichten und eine Verständigung herbeiführen, welche zu einer tatsächlichen und raschen Abrüstung führen, in welcher Italien schon vorangehe. Italien werde für die Wiederaufnahme normaler Beziehungen mit den Staaten Mittel- und Osteuropas eintreten. Einen wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas nach genauen Grundsätzen werde es unterstützen im Geiste der aufrichtigen Zusammenarbeit der Völker. Gegenwärtig und besonders nach der Absage der Vereinigten Staaten versuche man, die Bedeutung der Konferenz herabzumindern, und bezweifle, daß sie praktische Ergebnisse zeitigen werde. Demgegenüber sehe er die Konferenz immer noch als das wichtigste Ereignis der Nachkriegszeit an. Es sei das erstmal, daß Sieger und Besiegte ohne Unterschied auf einer Konferenz zusammenkommen, um ihre gemeinsamen Interessen zu erörtern.

Die russische Abordnung werde in Italien von Regierung und Volk mit Achtung und Freundschaft aufgenommen werden. Andererseits hoffe er aber auch, daß die russischen Delegierten ihren Aufenthalt in Italien nicht zu politischer Propaganda benutzen, sondern aufrichtig eine Zusammenarbeit mit den anderen Staaten anstreben.

Die Politik der Randstaaten

Warschau, 18. März. (PTA.)

Das von den baltischen Ministern unterzeichnete politische Abkommen betrifft **die gegenseitige Anerkennung der mit Rußland abgeschlossenen Verträge,** sowie der administrativen und wirtschaftlichen Abmachungen, welche in der nächsten Zeit zwischen den auf der Konferenz vertretenen Staaten abgeschlossen werden. Der Vertrag verpflichtet die angeführten vier Staaten, keine Verträge abzuschließen, die gegen irgendeinen der Kontrahenten gerichtet sind, weiter löst er die Frage des Schutzes der nationalen Minderheiten und verpflichtet die Staaten zu wohlwollender Neutralität im Falle eines nicht provozierten Angriffs gegen einen der Kontrahenten.

Nach Unterzeichnung des Vertrages ergriff der polnische Minister des Aeußern Skirmunt das Wort und sagte, daß dieser Vertrag zur Stärkung des Friedens und zur günstigen Entwicklung der beteiligten Staaten beitragen werde. Im Namen der estländischen, finnischen und lettländischen Delegationen sprach der lettische Ministerpräsident und Minister des Aeußeren Mayerowitsch und stellte fest, daß die vollbrachte Arbeit den Bund der baltischen Staaten stärke, dem auch in Zukunft Litauen angehören werde.

Ablehnende Haltung Rußlands

Moskau, 19. März. (Intel.)

Der russische Gesandte in Warschau, Karachan, hat es abgelehnt, die Vertreter der baltischen Staaten auf der gegenwärtig in Warschau stattfindenden Randstaatenkonferenz, die ihn um eine Unterredung ersuchten, um ihn über die Arbeiten der Konferenz zu informieren, zu empfangen. Als Grund hierfür wird angegeben, daß **Rußland die Warschauer Konferenz, zu der die Sowjetregierung nicht eingeladen wurde, als einen von Frankreich ausgehenden Versuch betrachtet, eine aus Polen, Finnland, Estland und Lettland bestehende Barriere um Sowjetrußland zu bilden,** und daß es zur Beseitigung dieser Befürchtungen kein anderes Mittel gibt als die Hinzuziehung Rußlands zu der Konferenz.

Die Berliner Konferenz

Tagung am 2. April

Wien, 19. März.

Auf Grund der Zustimmung der Zweiten sozialistischen Internationale hat das Sekretariat der Internationalen Arbeitsgemeinschaft, wie die „Arbeiterzeitung" mitteilt, eine gemeinsame Vertretersitzung der drei internationalen Vollzugsausschüsse von London, Moskau und Wien endgültig für den 2. April nach Berlin einberufen. Die Vertreterzahl wurde auf Wunsch der Zweiten Internationale auf je zehn erhöht.

nischen Union 103 Gewerkschaften, von denen 94 zusammen 108 062 Mitglieder zählten. Von den selbständigen Organisationen zählte die stärkste, die der Eisenbahn- und Hafenbediensteten, rund 30 000 Mitglieder, der Bergarbeiterverband 14 683. Von den Zweigvereinen englischer Trade Unions hatten es die der Maschinenbauer auf 7078, die der Tischler und Zimmerer auf 3346 Mitglieder gebracht.

Seit 1919 wird wohl eine bedeutende Vergrößerung der Verbände der Eisenbahner und Bergarbeiter eingetreten sein. Aber es ist auch heute noch, wie die Kämpfe beweisen, die Gewerkschaftsbewegung eines Koloniallandes, die einem mächtigen Kapital gegenübersteht, das im Bunde mit der Regierung jene Methoden der bewaffneten Privatpolizei anwendet, wie sie in den Bergarbeiterbezirken von Nordamerika in Blüte stehen und standen und wie es Upton Sinclair in „König Kohle" geschildert hat.

Es wird Aufgabe der englischen Arbeiterklasse sein, besonders auch der gewerkschaftlich organisierten Massen, der Klassenjustiz der südafrikanischen Regierung, der Rache der Kapitalmagnaten vom „Rand" zu begegnen. Es wird aber auch die Aufgabe der englischen Sozialisten und der sozialistischen Internationale sein, die Periode des Syndikalismus abzukürzen und durch Nutzbarmachung der internationalen Erfahrungen die Bergarbeiter der Goldminen auf den Weg eines modernen Klassenkampfes zu führen im Bunde mit allen nach Demokratie strebenden Elementen des britischen Weltreiches.

Es sind Methoden der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, die in Johannesburg zur Anwendung kommen. Aber diese Akkumulation geschieht im Zeitalter der modernen Großindustrie, und die Gesamtarbeiterschaft muß den Südafrikanern zu Hilfe kommen, auch wenn die bewaffnete Revolte nicht die Kampfesweise des modernen, geschulten Proletariats ist, das den Klassenkrieg durch den Klassenkampf ersetzt und in großen Organisationen den Kapitalisten Schlachten liefert, die nicht durch Aeroplane und Artillerie entschieden werden.

Hohle Worte?

Auch der Vorstand der SPD. fordert auf zur Rüstung zur Maifeier. In seinem Aufruf, der in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts" erschien, bezeichnet er den Maitag als den Weltfeiertag des Proletariats. Die einzige Klasse, die nur durch friedliche Verständigung zwischen den Völkern die Folgen des Krieges wieder gutmachen wolle, sei die Arbeiterklasse. Gegenüber dem eigensüchtigen Nationalismus „entfaltet die Sozialdemokratie am 1. Mai **mit alter Kraft das Banner der internationalen Solidarität und der Völkerversöhnung**". Nur aus einer Politik der Erfüllung könne der Verständigungsgedanke bei den Völkern emporkeimen. Freilich erwachsen dem deutschen Volke neue schwere Lasten. Aber;

„Wir müssen verlangen, daß diese Lasten **vornehmlich von denen getragen werden, die von der allgemeinen Verarmung nicht betroffen worden sind. Ohne deutlich sichtbare Opfer des alten und des neuen Besitzes** ist das Finanzproblem nicht zu lösen".

So heißt es in dem Aufruf. Und schließlich gelte es die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Es scheint fast, als ob sich in jüngster Zeit ein Gegensatz zwischen dem Vorstand der SPD. auf der einen Seite und der Reichstagsfraktion und den Regierungsmitgliedern der gleichen Partei auf der anderen Seite aufgetan hätte, denn diese letzten Instanzen haben bei ihren jüngsten Handlungen durchaus nicht bedacht, daß das Finanzproblem nicht zu lösen ist ohne Opfer des Besitzes, und daß die Lasten aus der Erfüllungspolitik vornehmlich von denen zu tragen sind, die von der allgemeinen Verarmung nicht betroffen werden. Oder sollte das nur ein Gegensatz zwischen Worten und Handlungen sein?

Vermissen wird die Arbeiterschaft in dem Aufruf der SPD. aber vor allem eine Antwort auf die Frage, wie sie am Maitage für alle diese Dinge „mit alter Kraft" eintreten soll. Der Aufruf enthält keinerlei Weisungen über die Form der Demonstration und vermeidet anscheinend mit Absicht eine Aufforderung zur Arbeitsruhe. Sollen nach der Auffassung des Vorstandes der SPD. am 1. Mai wirklich auch nur Worte gesprochen werden, die im Gegensatz zu den Handlungen der Partei stehen?

Arbeitsruhe am 1. Mai

Der Aufruf zur Maifeier, den wir auf der ersten Seite unserer Sonntagsausgabe abgedruckt haben, ist der Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und muß die Unterschrift tragen: Die Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Das Fortbleiben des Wortes „Unabhängigen" aus der Unterschrift ist auf ein technisches Versehen zurückzuführen, das wir ebenso wie viele andere technische Mängel unseres Blattes, die sich in jüngster Zeit bemerkbar machen, zu erklären und zu entschuldigen bitten durch die Uebersiedelung der „Freiheit" in einen anderen, für die Herstellung einer Tageszeitung nicht zureichenden Druckereibetrieb.

Unsittliche Sittlichkeit

Wir hatten vor einiger Zeit bereits darauf hingewiesen, daß die Maßregelungen von Beamtinnen, die zu außerehelicher Mutterschaft kommen, den Beifall eines großen Teiles ihrer Geschlechtsgenossinnen finden. In einem uns vorliegenden Schreiben der Darmstädter Mitglieder des Verbandes der Reichs-, Post- und Telegraphenbeamtinnen an einen unserer Reichstagsabgeordneten geben diese ihrer Erregung Ausdruck über die Annahme des Antrages Lüders im Reichstage, demzufolge die uneheliche Mutterschaft kein Grund für Entlassung sein soll. In dem Schreiben heißt es:

„Die Annahme eines solchen Antrages schädigt nicht nur das Ansehen der im öffentlichen Leben stehenden Beamtinnen, die als solche nicht für sich allein, sondern auch der Verwaltung, der sie angehören, verantwortlich sind, sondern sie bildet auch eine unabsehbare Gefahr für das bisher heilige Ideal der Ehe, als Grundlage des geordneten Bürger- und Staatslebens."

Wir müssen schon sagen, daß es wohl kaum etwas Unsympathischeres gibt als diese beschränkte, in ihrem Endeffekt unsittliche Sittlichkeit. Es kann niemand etwas dagegen haben, wenn es Leute gibt, die die uneheliche Mutterschaft als ein Verbrechen ansehen. Aber öffentlich gegen Mitarbeiterinnen Stellung zu nehmen, in einer so persönlichen und schwierigen Frage, noch dazu in der Absicht und dem Willen, deren Existenz zu untergraben, das ist einfach schmutzig. Das ändern auch die Phrasen über „die Heiligkeit der Ehe als Grundlage des geordneten Bürger- und Staatslebens" nicht.

Die Damen des Darmstädter Bezirksvereins täten besser daran, dem Beispiel ihrer tapferen Schwestern vom „Verband für Mutterschutz zu folgen und dafür zu sorgen, daß die uneheliche Mutter und das uneheliche Kind gleichgeachtete Glieder der Gesellschaft werden und daß alle dem entgegenstehenden Schranken fallen. Das würde beweisen, daß sie neben sittlicher Reife auch über soziales Verständnis verfügen. Beides geht ihnen ab. Die Frage, wer eigentlich das Ansehen der Beamtinnen und der Verwaltung schädigt, dürfte danach nicht schwer zu beantworten sein.

Neue Zeitungspreise

Die fortschreitende Erhöhung der Herstellungskosten im Zeitungsgewerbe nötigt die meisten Berliner Blätter zum 1. April wieder zu erheblichen Steigerungen der Abonnementspreise. So kostet von den größeren, zweimal am Tage erscheinenden Blättern vom 1. April ab: „Vorwärts" 30 M., „Berliner Tageblatt" 35 M., „Tägliche Rundschau" 35 M., „Berliner Börsen-Courier" 35 M., „Berliner Börsen-Zeitung" 35 M., „Vossische Zeitung" 38 M., „Deutsche Allgemeine Zeitung" 35 M. monatlich.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen vor dem Abschluß

Genf, 19 März.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen sind nunmehr in das Endstadium eingetreten und man rechnet damit, daß sie noch in der kommenden Woche zum Abschluß gelangen. Der Präsident der Konferenz dürfte wahrscheinlich schon in den ersten Tagen dieser Woche, voraussichtlich am Dienstag, den vorgesehenen Vermittlungsversuch zwischen den beiden Bevollmächtigten in den wenigen noch nicht gelösten Fragen vornehmen, um dann gegebenenfalls, wenn die Vermittlung erfolglos bleiben oder nicht in allen Punkten gelingen sollte, den Schiedsspruch zu fällen. Präsident Calonder beabsichtigt, vor diesem Schiedsspruch eine öffentliche Vollsitzung der Konferenz einzuberufen, um den beiden Abordnungen noch einmal Gelegenheit zu geben, ihren endgültigen Standpunkt darzulegen. Mit dem Schiedsspruch und der Vermittlungsaktion Calonders wären dann die deutsch-polnischen Verhandlungen als solche beendet und die Arbeiten der Konferenz würden sich nur noch auf die redaktionelle Fertigstellung des Vertrages erstrecken.

In der Gewerkschaftsfrage gelang es, den wesentlichen Interessen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen, indem der Grundsatz der Verbindung der Gewerkschaften Oberschlesiens mit dem Zentralvorstand in Deutschland anerkannt und aufrecht erhalten und nur für die Bezirksvorstände innerhalb einer bestimmten Frist der Teilung Oberschlesiens entsprechend sich zerlegen wollen, um somit eine gewisse gesteigerte Selbständigkeit zu erhalten.

Am nahende Ende der Verhandlungen kennzeichnet sich auch äußerlich bereits in einem fortschreitenden Abbau der deutschen Abordnung. Eine Anzahl deutscher Unterhändler und Sachverständiger hat bereits nach Abschluß ihrer Aufgaben Genf verlassen.

Was weiß die Regierung hiervon?

Deutsche Regierungsgelder für ein Tiroler Großdeutschenblatt?

Wien, 20. März. (Intel.)

Die „Wiener Arbeiter-Zeitung" gibt Mitteilungen des Tiroler Blattes „Der Widerhall" wieder, nach denen die vor zwei Jahren in Innsbruck gegründete Zeitung der Großdeutschen „Das Alpenland" **mehrfach größere Beträge von der deutschen Regierung erhalten haben soll.** So in einem Fall 3 Millionen Mark, in weiteren Zahlungen 1 400 000 M. und dreimal je 300 000 M. Ferner soll der Herausgeber des „Alpenland" für die Volksabstimmung in Tirol einmal 720 000 M., ein anderes Mal für den gleichen Zweck 500 000 M. erhalten haben. Die „Arbeiter-Zeitung" bemerkt hierzu: „Wenn diese Enthüllungen richtig sind, so geben sie das Bild einer Korruption, welche die Großdeutsche Partei und ihre Presse in gleicher Weise brandmarkt. **In Berlin wird man aber sehr dringlich die Frage zu stellen haben, wie es begründet werden kann, Staatsmittel für so faule und zweideutige Sachen beizusteuern.**"

Wir kommen dieser Aufforderung unseres österreichischen Bruderblattes nach und fordern die deutsche Regierung auf, schnell und unzweideutig zu den in der „Arbeiter-Zeitung" gemachten Angaben Stellung zu nehmen.

Der Ausschluß Oerters

Braunschweig, 19. März. (WTB.)

Der Bezirksparteitag der USP., der heute in Braunschweig stattfand, beschäftigte sich laut „Freiheit" auch mit der bekannten Angelegenheit Sepp Oerters. Die Kreisvorsitzenden hatten den Antrag gestellt, Oerter aufzufordern, sein Landtagsmandat niederzulegen. Dieser Antrag fand fast einstimmige Annahme. Wie der Reichstagsabgeordnete Simon-Nürnberg als Vertreter des Zentralvorstandes mitteilte, hat gestern eine Schiedsgerichtssitzung stattgefunden, in der ein für Oerter vernichtendes Urteil gesprochen worden sei. Damit ist Oerter endgültig aus der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Eine neue Berufung setzt ihm nur noch an den Reichsparteitag zu.

Nachwahl in England

London, 18. März.

Die Nachwahl in Inverneß hat folgendes Ergebnis gehabt: Mac Donald, Koalitionsliberaler, 8450 Stimmen, Livingstone, Unabhängiger Liberaler, 8024 Stimmen. Die Wahl zeigt einen starken Stimmenrückgang der Koalitionsmehrheit.

Cyrano von Bergerac

Im Deutschen Theater

Das Berliner Spieljahr gab bisher einen mehr umfangreichen als richtigen Anschauungsunterricht vom französischen Theater. Man lernte das Zotendrama in etwa einem Dutzend, das Anklägerdrama gegen die bürgerliche Gesellschaft in der „Fremden Frau" und der „Roten Robe" kennen, und man ist erst im siebenten Theatermonat bei einem Dichter, bei Edmond Rostands „Cyrano von Bergerac" angekommen. Daß Zeit und Mut zur Dichtung der französischen Lebenden, etwa zum „Tausch" von Paul Claudel nicht reichen werden, steht nun fest, obwohl das Deutsche Theater grade dieses Stück mit Klöpfer, der Thimig, Krauß und der Straub köstlich besetzen könnte. Getraut sich doch diese Direktion nicht einmal, den neuen Reichen angekündigterweise „Richard II" und „König Johann" von Shakespeare vorzusetzen, geschweige denn die Dramatik von deutschen Dichtern, die nicht zur herrschenden Clique gehören.

Im Cyrano hat der im Krieg verstorbene Rostand nicht so sehr durch einen dramatischen Konflikt als durch eine Idealfigur des Altfranzosentums die aber noch heute dem französischen Wesen entspricht, ein bezauberndes Werk geschaffen. Cyrano ist der Held für das Gute und Schwache auf Erden. Sein Lebensziel ist, sich zu schlagen für eine gute Sache, wobei der Akzent immer auf der „guten Sache" liegt. Seine Fechterfreudigkeit ist also das gerade Gegenteil zum deutschen Landsknechtstum, bei dem das Schlagen Haupt-, die Parole Nebensache ist.

Cyrano ist kein Raufbold aus Rauflust. Ein geistreicher und tragischer Mensch, auf nichts gestützt als auf seinen Degen, stark durch seine Seele, groß durch seine Bereitschaft für eine Sache zu sterben und sich gleichzeitig durch ein geistreiches Wort über sie zu erheben (die höchste Form der Unabhängigkeit). Ein Held südlicher Heiterkeit, ein Fechter für das Bessere, wie ihn Nietzsche geträumt hat.

Die Erfindung freilich, in die Rostand die historische Figur gestellt hat, ist schwach. Der herrliche junge Cyrano ist entstellt durch eine Nase, die ein wahres Nashorn ist. Seine angebete Cousine Roxane fühlt nichts von der Glut seiner Liebe. Aber Cyrano ist groß genug, einem Laffen Christian seinen Geist zu leihen, damit er Roxanen gewinnen kann. Da Roxane diesen Jungen liebt, soll er wenigstens soviel Geist haben, daß Roxane ihn lieben kann. Cyrano schreibt und dichtet die Briefe, die Roxane entzücken. Er flüstert dem Jungen die Worte ins Ohr und spricht sie mit verstellter Stimme selbst, denen Roxane erliegt. Er schützt diesen Jungen im Feld, und nachdem er gefallen ist, bewahrt er als Freund Roxanens 14 Jahre das Geheimnis, daß Roxane, da sie nur noch den Geist ihres Mannes geliebt hat, ihn, Cyrano, geliebt habe. Erst der Sterbende enthüllt sich im Fieber, bevor er in der Fechterstellung gegen einen imaginären Feind des Guten zusammenbricht.

So viel altes Theater in diesem Drama ist, welches edle und betörende Pathos, welche Beredsamkeit, welchen hinreißenden Geist hat dieses Stück. Der ganze Idealismus, der ganze französische Glaube, daß es eine bessere Sache überhaupt gibt, und daß wir heute schon und immer die Aufgabe haben, dafür zu kämpfen, durchwärmt die Dichtung. In Frankreich ist sie, die viele tausende Male gespielt wurde, in mehr als einer halben Million Exemplaren verbreitet. (So liest der Franzose seine Dichter.) Kein Wunder. Man wünscht dieses Buch zu erwerben, weil man alle Schönheiten der Verse erst besitzt, wenn man sie auswendig kennt.

Iwan Schmith, ein erfolgsicherer aber banaler Regisseur blieb außer dem Tempo, das er immer hat (und immer dasselbe), der Dichtung den graziös-preziösen Stil des Barocks des 17. Jahrhunderts schuldig. Wort und Bewegung müssen bei Rostand „sitzen" wie in einem Musikwerk oder Ballet. Hier war alles so liederlich und äußerlich gemacht, wie man nie vorher im Deutschen Theater eine große Aufführung herausgebracht hätte. (Ganz ungenügend die Christians und Walter Janssen.) Die mangelhafte Disziplinierung des Schauspielerischen wirkte umso peinlicher, als Werner Krauß, der Drehpunkt der Aufführung auch als Cyrano wieder eine rechtvolle Bewältigung aller körperlichen Spiel-Faktoren entfaltete. Der wirkliche Cyrano, eine Maskerade (gehört Maskit noch zum Deutschen Theaterü), ist Krauß nicht. Er ist kein lodernder Mensch von Musik und Geist, aus dem eine erdichtete Nase wie eine Krankheit aus einem sonst herrlichen Leib herauswachsen ist. Sein Cyrano ist sein einziges aber entscheidendes Unglück die Nase. Ihre abschreckende Größe muß daher eine schöne Blüte haben. Krauß gab einen Cyrano, der von der Nase die zur Zehe plumper, häßlicher, niederer Art und dessen Nase ein wahres Warzenhorn war. Sein Cyrano war nicht durch das Unglück der Nase sondern von Natur aus dem Kreise Roxanens gestoßen. Er war ein Proleet, der noch eben strebt, und dessen Streben eben nicht verstanden und gefühlt werden kann.

Dieses seinen Cyrano spielte Krauß aber großartig. Er deklamierte nicht schön und rauschend, sondern er sprach gelassen und selbstbewußt. Er war kein blendender aber ein schlagender Geist. Er liebte nicht die gute er hatte die schlechte Sache. Wenn er ein schönes Wort über ein erfolgreiches Heldentum sterbend spricht, dann nahm er mit stolzer Bedauernswürdigkeit Abschied von einer enttäuschenden aber geliebten Welt, die ihre Niedrigkeit an seiner Nase bewiesen hatte.

Ein deutschnationales und schlechtes Stück „Prinz Louis Ferdinand" war bisher der Haupterfolg des Deutschen Theaters. Möge ein menschliches, unmeßbar besseres Werk eben so viele Tausende anziehen. Die schöne Schwärmerei und Gläubigkeit dieses tragischen Don Quijotes Cyrano — das ist es gerade, was der mechanisierte Preußengeist aus dem Deutschen ausgetrieben hat und was wir wiedergewinnen wollen.

Felix Stössinger

Die Kammerspiele des Deutschen Theaters haben sich den „Vertrag von Nizza" aus Paris geholt, ein Lustspiel von Louis Verneuil. Daß dieses Stück irgendeinen künstlerischen Wert hat, wird selbst die Direktion des Deutschen Theaters nicht behaupten wollen. Also hat sie wohl ein Geschäft mit diesem — na, sagen wir: Stück machen wollen? Sie glaubt also, daß so etwas den reichen Berlinern gefällt? Damit beweist sie, daß sie das Publikum ihrer Kammerspiele nicht gerade schmeichelhaft einschätzt. Denn dieses Stück ist nicht nur völlig wertlos, sondern dazu auch noch so dumm, so albern und so langweilig, daß ein auch nur halbwegs wertloses Publikum es als Beleidigung empfinden würde, wenn man ihm sowas vorsetzt. In Paris wird sich nicht ein halbwegs anständiges Theater finden, um solch langweiligen Schund aufzuführen. In Berlin gibt sich eine einstmals geachtete Bühne dafür her.

Wenn denn aber in den „Blättern des Deutschen Theaters" ein Herr Kohane behauptet, es wäre ein Charakteristikum, den französischen Lustspielen dieser Art die deutschen Bühnen zu verschließen, so ist das eine bodenlose Frechheit. In einem solchen Fall von „Kunst" zu reden, und die „internationale Freiheit der Kunst" zu reklamieren, das sollte selbst der Reklamemann eines Theaters sieht lassen. Das ist schmutzig. Wenn das „Deutsche Theater" Geschäfte machen will — nun, gut, es wird ja am besten wissen, was es seinem Publikum bieten darf. Aber es soll dann aufhören, von Kunst und anderen geistigen Dingen zu reden. Was da gemacht wird, das hat mit „Kunst" gar nichts zu tun.

Noch eine andere Unwahrheit des Herrn Kohane muß zurückgewiesen werden. Er tut so als ob diese Sorte von „Lustspielen" den typisch französischen Witz und Geist repräsentierten. Nein, das ist nicht wahr. Französische Komödien sind ganz etwas anderes, und selbst die nicht gerade immer sehr tugendhaften Schwänke und Possen sind meistens trotz aller Seichtheit und Derbheit wirklich recht witzig und amüsant. Dies Ding, das sich da als „Kammerspiele" als „echt französisch" haben aufschwatzen lassen, ist einfach dumm und widerlich. Das ist, weiß Gott, kein französischer Witz. Aber vielleicht die „Hausmarke" des „Deutschen Theaters"? Unwiderstehlichen-Ware! Hans Siemsen.

Severing und die Polizeibeamtenverbände

Die Verfügung Severings an die Polizeibeamtenverbände hat gezeigt, daß auch Severing in der Behandlung der Beamtenfrage völlig befangen ist in den Vorstellungen des überkommenen Beamtenrechts. Er umkleidet zwar die strengen Ermahnungen des höchsten Vorgesetzten mit Tönen väterlichen Wohlwollens, aber in der Sache erblickt auch er im Beamten lediglich den zu unbedingtem Gehorsam verpflichteten Diener der Staatshoheit, dem das freie Mitbestimmungsrecht über sein Schicksal nicht zusteht. Nun stellt sich aber gar heraus, daß die Schärfe seiner Verfügung sich gegen eine Beamtenorganisation richtet, die dem Minister ganz zu unrecht als die radikalste Verbindung der Polizeibeamten gilt. Sie stimmt in Wirklichkeit in ihren Auffassungen völlig überein mit dem Minister, und die Auslassungen der Organisation über die Beamtenfrage decken sich fast wörtlich mit den Wendungen der jüngsten Verfügung Severings. Der durchaus staatstreue Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands, um den es sich handelt, veröffentlicht daher eine Erklärung zu der Verfügung Severings, in der es heißt:

„Der Reichsverband steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß er zur Erreichung seiner beamtengewerkschaftlichen Ziele die Anwendung des Streiks als mit den Grundsätzen des Beamtenrechts unvereinbar verwirft. Sein Programm besagt weiter, daß die Polizei bei allen wirtschaftlichen Kämpfen strengste Neutralität zu wahren hat. Der Reichsverband enthält sich in diesem Sinne grundsätzlich jeder Einwirkung auf die dienstliche Tätigkeit der Polizeibehörden und der Polizeibeamten. Das sind die Richtlinien, die unseren Landesverbänden bekannt und auch bei dem letzten Eisenbahnerstreik zu befolgen waren. Wenn wir trotzdem den Ministerien des Innern von Reich und Staat sowie der Presse noch einmal unsere durch Programm diktierte Haltung mitteilten und die bekannte „Weisung" unseren Landesverbänden übermittelten, so wurden wir hierzu einmal durch den Umstand veranlaßt, daß die Oeffentlichkeit damals durch die Meldung von Streikgeldersammlungen von den Angehörigen eines Polizeibeamtenverbandes über die Zuverlässigkeit der Schutzpolizei im Zweifel war. Des weiteren wurde den Vertretern des Reichsverbandes in einer in den ersten Tagen des Streiks im Reichsministerium des Innern erfolgten Rücksprache seitens des Ministerialdirektors Dr. Falck erklärt, daß der Reichsminister des Innern in Anbetracht der durch den Eisenbahnerstreik geschaffenen Lage die Stellungnahme des Reichsverbandes zur Streikfrage zu wissen wünsche, und daß es infolge einer vom Vorsitzenden des „Verbandes der Polizeibeamten Preußens", Herrn Schrader, abgegebenen „sehr bedenklichen" Erklärung und der Beunruhigung der Bevölkerung über die Zuverlässigkeit der Schutzpolizei unbedingt erforderlich sei, daß der Reichsverband nicht nur seine Mitglieder zur Ruhe und Besonnenheit aufzufordern, sondern auch der Oeffentlichkeit seine Haltung zur Streikfrage mitzuteilen habe.

Es ist zum mindesten eigenartig, daß die vom Reichsminister Dr. Koester und der Oeffentlichkeit als richtig anerkannte Haltung des Reichsverbandes im Eisenbahnerstreik seitens des preußischen Innenministers eine derart abwegige Beurteilung findet. Nach den von uns gemachten Erfahrungen kann man mit Recht annehmen, daß Minister Severing durch einen verantwortlichen Ratgeber über diese Tatsache einseitig informiert worden ist."

Die „Weisungen", die der Reichsverband während des Eisenbahnerstreiks an seine Landesverbände ausgegeben hat und die Severing in seiner Verfügung mit scharfen Worten tadelt und mit reichlichen Gänsefüßchen glossiert, lauteten:

„Die Polizei ist das Vollzugsorgan der verfassungsmäßigen Regierung. Sie hat Staatsautorität und Staatswohl zu schützen und den dazu gegebenen Gesetzen und Verordnungen zur Achtung zu verhelfen. Diesen Aufgaben kann nur eine Polizeibeamtenschaft gerecht werden, die zur volksgewollten Regierung in einem unlöslichen Treueverhältnis steht und die übernommenen Dienstpflichten restlos und immer erfüllt."

Dazu bemerkt der „Vorwärts":

„Nach unserer Auffassung sind diese Weisungen inhaltlich unanstößig und, wie ja auch ihre Entstehungsgeschichte zeigt, in der besten Absicht herausgegeben. Für die Annahme des Reichsverbandes der Polizeibeamten, daß Genosse Severing von einer verantwortlichen Stelle über die Haltung und Absichten des Reichsverbandes falsch informiert worden ist, liegt danach zum mindesten eine gewisse Wahrscheinlichkeit vor. Wir hoffen, daß dieses Mißverständnis sich klären wird."

Daß der Minister über die Haltung des Reichsverbandes falsch informiert worden ist, und daß es sich bei alledem wieder um das berühmte große Mißverständnis handelt — das wäre allerdings das sonderbarste an dem auch in jeder anderen Beziehung sonderbaren Erlaß des Ministers Severing. Es gehört eine gewaltige Portion Leichtfertigkeit dazu, um auf Grund ungenügender Information eine große Beamtenorganisation in die Acht zu tun.

Die „Geheimakten" der Reichsgewerkschaft

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten teilt mit: Eine Veröffentlichung des „Berliner Tageblattes" über angebliche geheime „Richtlinien für die Durchführung eines Generalstreiks auf der Eisenbahn" hatte Veranlassung zu einem Berichtigungsantrage des Vorstandes der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter gegeben. Gleichzeitig war der wirkliche Sachverhalt der Presse mitgeteilt worden. Nachdem das „Berliner Tageblatt" die Berichtigung, zu der es preßgesetzlich innerhalb einer bestimmten Frist verpflichtet war, erst gebracht hat, nachdem in der übrigen Presse Stellung zu der berichtigenden Darstellung der Reichsgewerkschaft genommen worden war, liegt jetzt erneut Veranlassung vor, die Art der „Berichtigung" des „Berliner Tageblattes" wiederum zu berichtigen.

In einer redaktionellen Bemerkung, die der wörtlichen Wiedergabe der reichsgewerkschaftlichen Berichtigung angehängt war, sind nämlich neue Entstellungen enthalten, welche die öffentliche Meinung zu verwirren geeignet sind. Das Tageblatt spricht von vergilbten „Richtlinien für die Durchführung eines Generalstreiks auf der Eisenbahn", die ihm in ihrem vollen Umfange (12 Folioseiten) vorliegen. Demgegenüber ist zu erklären, daß von dem Vorstand der Reichsgewerkschaft derartige Richtlinien überhaupt nicht versandt worden sind. Es kann sich hierbei vielmehr, wenn er überhaupt existiert, nur um einen von unberufener Seite ausgehenden Entwurf handeln, mit dem sich der Vorstand der Reichsgewerkschaft in keiner Weise verbunden fühlt. Und was die Richtlinien über den „verschärften Streik" anbetrifft, die den von dem „Berliner Tageblatt" wiedergegebenen Auszug des sogenannten „Dokumentes" bildeten, so handelt es sich hierbei um ein längst als Fälschung erkanntes Flugblatt, das lange vor dem Streik im Direktionsbezirk Münster verbreitet wurde und offenbar aus gegnerischen Gewerkschaftskreisen herrührte, die ein Interesse daran hatten, die Bewegung der Eisenbahnbeamten von vornherein zu verdächtigen. Dieses Flugblatt, welches lediglich im Bezirk Münster kursierte, mißbraucht ferner die Unterschriften bekannter Führer der Reichsgewerkschaft, was bereits auf der erweiterten Vorstandssitzung der Reichsgewerkschaft vor dem Streik festgestellt wurde. Es kann also keine Rede davon sein, daß diese gefälschten Flugblätter seitens des Vorstandes unter den Eisenbahnbeamten verteilt worden seien.

Es ist bedauerlich, daß eine Zeitung vom Range des „Berliner Tageblattes" sich immer wieder dazu hergibt, durch Verbreitung verleumderischer Nachrichten die Stimmung der durch solches Verfahren empörten Beamtenkreise weiterhin zu verschärfen, anstatt durch objektive Berichterstattung einen gerechten Ausgleich zwischen den Anschauungen des überwiegenden Teiles der Beamtenschaft und der öffentlichen Meinung zu fördern. Es muß daher an die unbedingt notwendige Objektivität der gesamten deutschen Presse appelliert werden, damit nicht unnötigerweise künstliche Gegensätze zwischen den beamteten und nichtbeamteten Schichten der deutschen Arbeitnehmerschaft konstruiert werden.

Die russische Hungersnot

(O.E.) Moskau, den 18. März 1922.

Das Organ des allrussischen Zentralgenossenschaftsverbandes (Zentrossojus) „Kooperatiwnoje Djelo" veröffentlicht einen alarmierenden Artikel über den Stand der Saatenbelieferung des Wolgagebiets. Die Lage beginne „eine überaus ungünstige Wendung zu nehmen". Von den bis zum 6. März verfrachteten 17½ Millionen Pud Saatgut (1 Pud = 16.38 Kilogramm) für die Hungergebiete seien bisher nur 5¼ bis 6 Millionen Pud an ihren Bestimmungsort gelangt, während die restlichen 11½ bis 12 Millionen Pud unterwegs stecken geblieben sind. So sind z. B. allein auf der Rjasan-Ural-Bahn und auf der Moskau-Kasaner Bahn etwa 7 Millionen Pud Nahrungsprodukte, darunter über 5.5 Millionen Pud Saatgut, bereits seit einem Monat unterwegs. Diese Verzögerung sei um so bedenklicher, als die nächsten Wochen über das Schicksal der gesamten Saatkampagne entscheiden.

Aus dem Gouvernement Zarizyn (an der Wolga) wird gemeldet, daß die gesamte Bevölkerung dem Hungertode preisgegeben sei. Im Kreise Ust-Medwedizk hungern 200 000 Personen, darunter 80 000 Kinder. Nach Angaben des Hungerhilfskomitees hungern in der Krim 277 000 Erwachsene und 213 000 Kinder. Besonders schwer ist die Lage der tatarischen Bevölkerung, von der 80 Prozent hungern.

Russische Gewerkschaftspolitik

In Moskau tagte eine gemeinsame Konferenz des Allrussischen Gewerkschaftsrates und der Gouvernements-Gewerkschaftsräte, um die Gewerkschaftspraxis den neuen Richtlinien des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands anzupassen. Die gefaßten Beschlüsse bedeuten einen großen Schritt auf dem Wege zur Trennung der Gewerkschaften vom Staate. Es wurde beschlossen, auf eine einheitliche Regelung der Arbeitslöhne und Arbeitsbedingungen durch die Gewerkschaftsorgane zu verzichten und dieselben, in der staatlichen wie auch in der privaten Industrie, fortan von Fall zu Fall durch Kollektivverträge [illegible]. Die Gewerkschaften sollen alle Eingriffe in die Leitung der Wirtschaft aufgeben. Auch auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes haben sich die Gewerkschaften auf die Kontrolle der Organe des Arbeitskommissariats zu beschränken. Zugleich bedeuten die neuen Beschlüsse ein zähes Festhalten an der alten Praxis. Der Beitritt zu den Gewerkschaften soll zwar frei sein, indessen kann er durch zwei Drittel-Mehrheitsbeschluß der Arbeiter eines Betriebes für obligatorisch erklärt werden. Auch sollen zunächst die Mitgliedsbeiträge durch die Betriebsverwaltung von den Löhnen abgezogen und den Gewerkschaftskassen zugeführt werden, bis die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Beitritts zu den Gewerkschaften bei der Arbeiterschaft durchgedrungen ist. Die einzelnen Gewerkschaften bleiben unter der festen Leitung der Gouvernements-Gewerkschaftsräte, insbesondere kann kein Streik ohne deren Genehmigung proklamiert werden. Es wurde betont, daß der Gedanke der politischen Neutralität der Gewerkschaften mit allen Mitteln zu bekämpfen und ihr Zusammengehen mit der kommunistischen Partei notwendig sei.

Der Staatssekretär für Indien. Viscount Peel, früheres unionistisches Mitglied des Unterhauses und in den Jahren 1919—1921 Unterstaatssekretär im Kriegsamt, ist als Nachfolger von Montagu zum Staatssekretär für Indien ernannt worden.

Die Große Volksoper, für die seit zwei Jahren in der Oeffentlichkeit lebhaft geworben wird, scheint schneller Wirklichkeit zu werden, als man ursprünglich wohl hoffen konnte. Trotz der Schwierigkeiten der Lebenshaltung, wie sie sich infolge des Sturzes der Mark entwickelt haben, ist das Kunstbedürfnis der Massen doch außerordentlich groß, und man greift gern nach jeder Aussicht, es zu befriedigen. Die Große Volksoper hat sich durch ihre zahlreichen bisherigen Veranstaltungen, eine Reihe von Konzerten erster Künstler und Aufführungen von oft recht anspruchsvollen Opern in verschiedenen Stadtteilen, bereits ein großes Maß Vertrauen in ihre Absichten und Pläne erworben, das sich in dem erfreulichen Andrang zu den Zeichnungen ausspricht. Als Ende Dezember bereits die ersten aufgelegten drei Millionen Aktien gezeichnet waren, hat man sich entschlossen, das Aktienkapital bis auf 10 Millionen zu erhöhen. Inzwischen hat sich auch ein Ausschuß zur Förderung des Unternehmens gebildet, der unter dem Ehrenvorsitz des Reichspräsidenten steht, und in dem neben den Chefredakteuren der Berliner Tageszeitungen die Reichsminister und eine Anzahl führende Persönlichkeiten aus allen politischen Parteien und allen Wirtschaftskreisen sich zusammengeschlossen haben. Die Aktionäre der Großen Volksoper haben schon heute, ehe die Oper selbst ins Leben getreten ist, erhebliche künstlerische Vorteile. Sie erhalten zu allen Veranstaltungen Ermäßigungen von über einem Drittel des Kassenpreises, die Staatsoper stellt ihnen Karten zu bedeutend ermäßigten Preisen zur Verfügung, und sie haben Anspruch darauf, nach Eröffnung des Neubaues bei Kroll regelmäßig Karten zu Zweidrittel des Kassenpreises zu erhalten. Daß ihnen nach Eröffnung des eigenen Heimes in bezug auf die Erlangung von Karten für die Große Volksoper erhebliche Vorzugsrechte eingeräumt sind, ist selbstverständlich. So gewaltig der Plan des Unternehmens gerade in unserer Zeit erscheinen mag, spricht sich doch darin ein Idealismus und ein Vertrauen in die kulturellen Kräfte des deutschen Volkes aus, dessen Verwirklichung man nur von Herzen wünschen und unterstützen kann.

Tages-Notizen

Spieländerung der Kammerspiele: Vom Montag ab allabendlich Schnitzlers „Anatol".

Jugendbühne Neukölln. Die Jugendbühne [illegible] Bergstraße 141, schließt am 22. März. Mittwoch findet eine Veranstaltung [illegible] statt. [illegible] „[illegible]" zur Aufführung. 1 M. [illegible] Kinder, 2 M. für Erwachsene.

Vorlesungen: Mittwoch, 8 Uhr wird Albrecht Schaeffer aus unveröffentlichten Dichtungen im Ernst Rowohlt Verlag, Potsdamer Straße 123 b, lesen. Einlaßkarten direkt vom Verlag.

Konferenz der USP-Lehrer

Gestern im Rathaus

Mit aller Kraft tobt der Kampf um die Gestaltung der Schule. Die Reichsverfassung, ein Kompromiß zwischen den Parteien der Mitte, hat wohl Grundlinien festgestellt, die Ausfüllung jedoch der späteren Regelung überlassen. Das Zentrum ist der Sieger in dem Kampfe um die Erziehung unserer Jugend geblieben und wird die neue Generation durch die Schule in seinem Sinne beeinflussen. Der Kampf, den die leider so wenigen sozialistischen Lehrer zu führen haben, wird von Tag zu Tag schwieriger und muß auf einheitlicher Grundlage geführt werden. Um diesem Wirken ein einheitliches Ziel zu geben, fand am gestrigen Sonntag im Berliner Rathaus eine Konferenz der USP.-Lehrer Berlin-Brandenburgs statt. Es war die erste Konferenz ihrer Art und führte außer einer großen Zahl Berliner Lehrer auch Kollegen aus der Provinz zusammen.

Genosse Stadtschulrat Dr. Löwenstein berichtete über die Verhandlungen über den von Heinrich Schulz vorgelegten Entwurf zur Durchführung der Reichsverfassung und kennzeichnete Meister und Werk als ein Produkt der Koalition, die beide im Sinne des Zentrums wirken. Die USP. verlangt grundsätzlich eine gemeinsame Schule, die natürlich nicht konfessionell sein kann. Nur unter bestimmten Voraussetzungen kann durch Willenserklärung der Erziehungsberechtigten ein Religionsunterricht eingeführt werden. Notwendig ist jedoch, daß Stadt und Gemeinde ein Mitbestimmungsrecht haben, da sie Träger der Schullasten sind. Die Regelung der Schulfragen muß reichsgesetzlich erfolgen. — Ein Hemmschuh in dem Kampf für den freiheitlichen Ausbau der Schule ist immer noch die Lehrerschaft, die trotz ihrer unzweifelhaften Proletarisierung noch ein politisch höchst unzuverlässiger Faktor ist. Hier wird Zeit und rastlose Aufklärungsarbeit Wandel schaffen müssen. Die Entscheidung über schulpolitische Fragen kann nicht nur Sache der Erziehungsberechtigten sein, sondern wird in erster Linie von ihren Vertretern, den politischen Organisationen, im sozialpolitischen, einheitlichen Sinne gefällt werden. Den Elternräten erwächst die ungeheure und so äußerst wichtige Arbeit, an den Schulen selbst für den innerpädagogischen Ausbau zu wirken. Mehr als bisher müssen die Kulturfragen Gegenstand des Kampfes des Proletariats sein.

In einer regen Aussprache fanden die Ausführungen des Referenten Zustimmung. Es wurde auf die Notwendigkeit verwiesen, mit aller Energie für die Durchführung der sozialistischen Forderungen einzutreten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Der Reichsschulgesetz-Entwurf ist ein weiterer Schritt auf dem Leidenswege, den die Geschichte der deutschen Volksschule darstellt. Die am 19. 3. versammelten USP.-Lehrer des Bezirks Berlin-Brandenburg erwarten von den Abgeordneten der Partei, daß sie auch bei den ferneren Verhandlungen den rückschrittlichen Tendenzen des Entwurfes mit der gebotenen Entschiedenheit die Bildungsziele des Sozialismus entgegensetzen, daß sie insbesondere die beabsichtigten Verschlechterungen in der rechtlichen Stellung der Lehrerschaft zurückweisen und jeder weiteren Verkirchlichung und Entstaatlichung des Schulwesens entgegentreten."

Genossin Beck sprach sodann über die Zusammenfassung und den Ausbau der USP.-Lehrer-Gruppe. Sie schilderte die Entwicklung des sozialdemokratischen Lehrervereins und der Freien Lehrergewerkschaft und betonte die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller USP.-Lehrer, um Einfluß auf die Gestaltung der Schulpolitik der Partei zu gewinnen und den Kampf um die Schule erfolgreich gestalten zu können. Eine Zusammenfassung aller sozialistischen Lehrergruppen wird ebenfalls notwendig sein, um der geschlossenen Reaktion gegenübertreten zu können. — Auch diese Ausführungen fanden einmütige Zustimmung, und es wurde die Gründung der „Vereinigung der USP.-Lehrer, Gruppe Berlin" beschlossen.

Auf der Anfang Juli stattfindenden Bildungskonferenz werden auch die Lehrer aus dem ganzen Reiche vertreten sein. Hier soll der Zusammenschluß für das Reich vollzogen werden.

Cöpenick macht Schule

Die Rechtssozialisten haben kürzlich in Cöpenick, obwohl sie dort im Verein mit unserer Partei die Mehrheit im Stadtparlament bilden, auf Vorschlag des Rechtssozialisten Krüger nicht für ihren eigenen Bürgermeisterkandidaten, sondern für einen Kandidaten der bürgerlichen Parteien gestimmt. Dieses Exempel macht nun offenbar Schule und fand seine erste Wiederholung in Freital bei Dresden, wo die beiden sozialistischen Parteien ebenfalls die Mehrheit haben und sich unser Genosse Wächner als einziger Vertreter der beiden Parteien bewarb. Auch hier stimmten die Rechtssozialisten nicht für den sozialistischen Kandidaten, sondern für einen Bürgerlichen, was um so folgenschwerer ist, als sich im Magistrat Sozialisten und Bürgerliche in gleicher Vertretungsstärke gegenüber stehen, die Stimme des Bürgermeisters also ausschlaggebend ist. Durch dieses Verhalten brachten die Rechtssozialisten also wieder einmal zum Ausdruck, daß sie sich dem Bürger um weit mehr zugetan fühlen als der Arbeiterklasse und daß sie die Koalitionspolitik mit eiserner Konsequenz verfolgen. Auch dort, wo die Ausrede vom kleineren Übel nicht anwendbar ist.

Märzfest

des Sprech-Chors für die Proletarischen Feierstunden.

Der Sprech-Chor, der Träger der Proletarischen Feierstunden, veranstaltet am Sonnabend, den 25. März, in der Brauerei Böhow am Prenzlauer Berg ein frohes Fest unter Mitwirkung hervorragender Künstler: Lothar Müthel, Heinrich Witte, Fritz Hirsch vom Staatstheater u. a. Nachher wird getanzt. Freunde des Sprech-Chors sind zu diesem Feste eingeladen.

Eintrittskarten zu 8,50 M. einschl. Tanz sind bei den Mitgliedern des Sprech-Chors und im Bureau der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, zu haben.

Die verschobenen Regimentspferde

Die umfangreichen Pferdeschiebungen bei der Abwicklungsstelle in Zossen, über die seinerzeit berichtet worden war, beschäftigt jetzt die 2. Strafkammer des Landgerichts II. Wegen fortgesetzten Diebstahls bzw. gewerbsmäßiger Hehlerei war der frühere Offizierstellvertreter Hensel und der Landwirt Weise angeklagt. — Der Angeklagte Hensel hatte bei dem gemeinsamen Mittagsmahl der Offiziere den Leutnant Wagner-Hohenlobkese kennen gelernt, der in ungeheuren Spielschulden geraten war und jetzt steckbrieflich verfolgt wird. Im Einverständnis mit Wagner trat Hensel mit dem Mitangeklagten Weise in Verbindung, welcher die zu verschiebenden Regimentspferde kaufen sollte. Wagner ließ nun eine große Zahl tadelloser Militärpferde durch Soldaten, denen irgendetwas vorerzählt wurde,

an eine abgelegene Stelle im Walde bringen, wo sie in Weise nach Zuzahlung erheblicher Summen gegen alte minderwertige Klepper vertauscht wurden. Die weiteren Anklagepunkte betrafen die im Auftrage des Oberleutnants Freiherrn von Crailsheim erfolgten Verkäufe von Militärpferden. Diese Fälle ließen sich jedoch nicht mehr aufklären, da von Crailsheim inzwischen in Geisteskrankheit verfallen ist. Vor Gericht wies Rechtsanwalt Dr. Harry Pincus darauf hin, daß Hensel durch das schlechte Beispiel verleitet worden und das Opfer des Niederganges der Moral in Offizierskreisen geworden sei. Für Weise machte Justizrat Dr. Cohnberg geltend, daß dieser die strafbare Herkunft der Pferde nicht gekannt habe. — Das Gericht kam zu einer sehr milden Beurteilung der Sache, indem es die Angeklagten nur zu je sechs Monaten Gefängnis mit der Aussicht auf bedingt Begnadigung nach Deckung der dem Reich entstandenen Schadens verurteilte.

Eltern Charlottenburgs, deren Kinder zu Ostern eingeschult werden und gewillt sind, in der von uns propagierten Gemeinschaftsschule unterrichtet zu werden, müssen Anträge auf Ueberweisung den Obleuten der sozialistischen Elternbeiräte überreichen. In Betracht kommen zunächst drei Gemeindeschulen, und zwar die 13. (Pestalozzistraße 40), die 30. (Neues Ufer 6) und die 35. (Kamminer Straße). Nähere Auskunft erteilen und Anträge auf Einschulung und Umschulung in die Gemeinschaftsschule nehmen entgegen: J. Hinrichsen, Bayreuther Straße 25a, P. Horstig, Sickingenstraße 58, P. Sommer, Friedrich-Karl-Platz 1.

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte" (Bund Neues Vaterland) veranstaltet am Mittwoch, den 22. März, ½8 Uhr, in der Schulaula, Kochstraße 13, einen Vortragsabend über den „Fall Nicolai". Ansprache und Vorsitz Hellmut von Gerlach. Dr. Hans Wehberg spricht über „Das neue Deutschland und die Universitäten", Dr. Schweitzer über „Das Senatsurteil im Fall Nicolai". Eingeladen sind außer dem damaligen Kultusminister Haenisch und dem jetzigen Kultusminister Dr. Boelitz auch der damalige Universitätsrektor Geheimrat E. Meyer und die 13 Senatoren, über deren Urteil Prof. Nicolai den Vorwurf der bewußten Unwahrhaftigkeit mit größter Schärfe erhob. Eintrittskarten zum Abend 3 M. vorher Wertheim, Bote u. Bock, Gewerkschaftsmitglieder abends 2 M.

Gewerkschaftliches

Beamtenschaft und gleitende Lohnskala

Die täglich steigende Teuerung und die Schwierigkeiten, die sich den Gewerkschaften dadurch bei dem Abschluß von Tarifen entgegenstellen, haben in letzter Zeit der Frage der Anpassung der Löhne und Gehälter an die Wirtschaftsentwicklung, der gleitenden Lohnskala erhöhte Bedeutung gegeben. Der Deutsche Beamtenbund hat sich für sie entschieden und zu einem Vortragsabend am 17. März im Herrenhaus außer seinen Mitgliedern die Vertreter der gesetzgebenden Körperschaften eingeladen, an dem Dr. Völter in einer klaren, sachlichen Darlegung über das Thema: „Wirtschaftliche Entwicklung und Beamtenbesoldung" sprach. Durch zahlreiche Lichtbilder wurden die Zahlen lebendig. Der Referent schilderte die enge Verbindung zwischen der wirtschaftlichen Lage des Staates und der Beamtenschaft. Die riesige Geldentwertung hat die Lage der Beamten verschlimmert, da die Erhöhung der Gehälter in keiner Weise mit der Teuerung Schritt gehalten hat. Durch die Gewährung eines veränderlichen Teuerungszuschlages ist das Prinzip der gleitenden Lohnskala anerkannt, deren Einführung für die Beamtenschaft und den Staat den Vorteil der möglichen Einschränkung der Lohnkämpfe mit sich bringt. Den Maßstab für die notwendigen Erhöhungen bieten die Inderziffern. Zwar haften den einzelnen Systemen Mängel an, die jedoch nicht schwer zu beseitigen sind. Die schlechten Erfahrungen, die die englischen Arbeiter mit der gleitenden Lohnskala dadurch machten, daß man mit ihrer Hilfe an einen Abbau der Löhne ging, müssen durch Festlegung einer Sperrfrist, in der die Löhne nicht sofort bei einer Senkung der Preise herabgesetzt werden dürfen, verhindert werden. Eine gute Regelung der Staffelung der Beamtengehälter ist unbedingt erforderlich. Die gleitende Lohnskala soll kein Vorrecht der Beamtenschaft werden, sondern muß von anderen Arbeitnehmerschichten auch eingeführt werden. Doch sind für die Einführung für die Beamtenschaft, deren Betriebe ja keinen Krisen wie die der Industrie unterworfen sind, die besten Voraussetzungen gegeben. Die Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage durch vernünftige weltpolitische Vereinbarungen wird dann den Erfolg mit sich führen.

Vorsitzender Flügel des DBB. schloß die Veranstaltung mit dem Wunsche, daß die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Beamten baldigst erfolgen möge.

Verrufserklärungen in Staatsbetrieben

In Giesberts Reich.

Wir berichteten in Nr. 128 über schwarze Listen, die die Opfer des Gemeindearbeiterstreiks namentlich führen und es ihnen unmöglich machen, in Lohn und Brot zu kommen. Auf Grund des Aufrufs des Metallarbeiter-Verbandes erschienen zwei Schlosser Sch. und W. und machten folgende Angaben:

Am 15. 3. wurden die beiden von der Nachweisstelle Bln.-Reinickendorf, Flottenstraße, nach der Hauptwerkstätte für Postkraftwagen in Borsigwalde vermittelt. Bei der Vorstellung im dortigen Werk wurde ihnen von dem dort tätigen Ingenieur Neumann erklärt: **„Sie sind von der Straßenbahn wegen Streik entlassen und kommen deshalb für uns nicht in Frage."** Bei weiteren Nachforschungen erfuhren die beiden Arbeitsuchenden, daß vor ca. zwei Wochen schon etliche am Streik der städtischen Arbeiter Beteiligte eingestellt wurden. Der Ingenieur Neumann hätte aber von seiner vorgesetzten Behörde den Auftrag bekommen, diese Arbeiter in Zukunft nicht einzustellen.

Wir nehmen an, daß für einen staatlichen Betrieb und dessen Leitung die Reichsverfassung vom August 1919 nicht außer Kraft gesetzt ist, deren Art. 163 Abs. 2 im ersten Satz lautet: „Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben."

Wir gestatten uns die Anfrage: Was gedenkt die Erwerbslosenfürsorge der Stadt Berlin zu tun, wenn durch Verrufserklärung der Unternehmer, in diesem Falle ein Staatsbetrieb, zwei Arbeitslosen die Erwerbstätigkeit unmöglich wird?

In etwas vorsichtigerer Form leisten sich auch Privatunternehmer dieses Spiel, das leicht böse Folgen nach sich ziehen kann. Im übrigen fragen wir auch Herrn Giesberts, was er zu tun gedenkt, um diesen Skandal in seinem Ressort abzustellen?

Tarifkündigung in der Musikinstrumentenbranche

Die Kündigung der Lohnabkommen in der gesamten Musikinstrumenten-Industrie zum 1. April 1922 beschloß einstimmig eine Funktionärversammlung aller zur Industrie gehörenden Branchen.

Kollege Dorn zeichnete in kurzen Zügen die augenblickliche Geschäftslage, welche geradezu glänzend sei. Wenn die Aufträge nicht in noch größerem Umfange ausgeführt werden könnten, so sei dies auf den Mangel an geübten Arbeitskräften zurückzuführen. Im Gegensatz zu dem riesigen Unternehmergewinn liegt der Lohn der Arbeiter seit zwei Monaten fest. Am niedrigsten stehen die Klavierarbeiter mit ihrem Lohn. Daher müsse bei der kommenden Lohnbewegung versucht werden, die Klavierarbeiter mit ihren Löhnen den größten Sprung aufwärts machen zu lassen.

In der Aussprache kam ungestüm der Wille zum Ausdruck, endlich einmal ernstlich daran zu gehen, ein gerechtes Verhältnis zwischen Arbeitsverdienst und Teuerung zu schaffen. Ein aus Leipzig eingelaufenes Schreiben der dortigen Klavierarbeiter enthielt die Mitteilung, daß dieselben wieder zum 15. März in eine Lohnbewegung treten, und sprachen dieselben ihre Verwunderung darüber aus, daß in Berlin die Klavierarbeiter mit ihren Löhnen soweit hinter denen der Pianomechanik-, Klaviatur- und pneumatischen Branche zurückbleiben. „Das wird nachgeholt." versicherten die Funktionäre durch Zwischenrufe. Redner empfahl im Namen der Kommission, sich noch nicht auf die Höhe der Forderungen festzulegen. Dies soll Sache der Mitgliederversammlungen sein, die wie folgt stattfinden: Am Montag, den 20. 3., abends 6 Uhr, im „Reichenberger Hof", in allen drei Sälen Pianomechanik-, Klaviatur-, pneumatische Branche und Blasinstrumentenmacher. Die Brankenkommission trifft sich um 4¾ Uhr im Restaurant. Am Mittwoch, den 22. 3., abends 5 Uhr in den „Andreas-Festsälen", Andreasstraße 21. In allen Versammlungen Tagesordnung: „Aufstellung der Forderungen für den Monat April!"

Angestelltentarif der Berliner Metallindustrie. Der Afa-Bund teilt mit: Die ständig weiter steigende Teuerung bedingt auch in der Berliner Metallindustrie neue Verhandlungen über die Gehälter der Angestellten. — Auf Antrag des Afa-Ortskartells finden die Verhandlungen mit dem Verband Berliner Metall-Industrieller am Dienstag, den 21. d. Mts., vorm. 10 Uhr, im Verwaltungsgebäude des VBMJ. statt. — Ueber das Verhandlungsergebnis wird den Mitgliedern des Afa-Bundes unverzüglich Nachricht zukommen.

Die Verhandlungen im Einzelhandel gescheitert!

Die vorgestrige direkte Verhandlung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Berliner Einzelhandels über die Gehälter der kaufmännischen Angestellten führte zu keiner Verständigung. Der Zentralverband der Angestellten hatte für März 25 Prozent gefordert und diese Forderung bei Beginn der Verhandlung auf 35 Prozent erhöht. Für April wurde die Forderung von weiteren 20 Prozent auf die für März zu errechnenden Gehälter unterbreitet. Die Arbeitgeber gingen dagegen nicht über folgendes Angebot hinaus: knapp 20 Prozent Aufschlag für März und 25 Prozent für April auf die Februargehälter. Eine hinzugefügte Klausel sagt, daß unter bestimmten Voraussetzungen ab 15. April neue Vereinbarungen getroffen werden könnten.

Am Dienstag wird sich eine Sonderkammer des Schlichtungsausschusses mit dem Streitfall beschäftigen, inzwischen wird noch der Rahmentarifvertrag beraten.

Zur Entgegennahme des Ergebnisses der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß versammeln sich die Funktionäre vom Zentralverband der Angestellten Dienstag, den 21. März 1922, abends 7¼ Uhr, in den Sophien-Festsälen, Sophienstr. 17-18, Turnersaal.

Die Lohnbewegung der Transportarbeiter im Berliner Papier- und Pappengroßhandel scheint aller Voraussicht nach diesmal außerordentlich schwierig zu verlaufen. Der Arbeitgeberverband macht die Verhandlungen davon abhängig, daß der Deutsche Transportarbeiterverband eine schriftliche Erklärung abgeben soll, um mit den andern Arbeitgebervereinigungen dieser Branche keine für diese günstigere Lohnvereinbarungen abzuschließen. Die Organisation hat eine solche Erklärung abgelehnt. Eine stark besuchte Versammlung nahm zu der Angelegenheit Stellung und wies eine derartige Zumutung entrüstet zurück. Sie erwartet, daß trotz der Ablehnung der Arbeitgeberverband, um den Arbeitsfrieden nicht zu stören, ein Lohnabkommen tätigen wird. Mit dem Verein Berliner Papiergroßhändler hat eine Verhandlung stattgefunden, die aber kein annehmbares Resultat zeitigte. Zur Entscheidung aller Streitfragen soll der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin angerufen werden. Einmütig kaum zum Ausdruck, daß, wenn nicht die Arbeitgeber doch noch einlenken, der Kampf mit aller Schärfe geführt werden wird.

Beendigung des Metallarbeiterstreiks in Mainz. Die Urabstimmung der Metallarbeiter über die Beendigung oder Fortführung des Streiks ergab eine statutarisch genügende Stimmenzahl für die bei den Verhandlungen erzielten Ergebnisse. Damit ist der Metallarbeiterstreik beendet. Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen werden.

Zentralverband der Schuhmacher. Die Branchen-Versammlung der Schäftemacher findet nicht, wie es irrtümlich hieß, Montag, sondern Dienstag, abends 6 Uhr, Köpenicker Str. 127a, statt.

Parteiveranstaltungen

Montag, den 20. März

10. Verwaltungsbezirk. Funktionäre und Distriktsvorstandsmitglieder wichtige Zusammenkunft abends 8½ Uhr, Reichsadler, Wannsee. Erscheinen notwendig.

Verwaltungsbezirk Berlin-Mitte. Bezirksverordnetenversammlung 6½ Uhr im Rathaus. Eine Stunde vorher Fraktionssitzung. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erforderlich. Wichtige Tagesordnung.

13. Distrikt. Funktionärkonferenz, abends 7 Uhr bei Senf, Korsörer Str. 12.

Vereinskalender

Montag, den 20. März

Mieterverband Treptow-Baumschulenweg. Abends ½8 Uhr im Zeichensaal der Schule Wildenbruchstr. an der Grätzstr. Vortrag über § 10 der Höchstmieten-Anordnung.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Hensel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kamerimer, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Max Koster, Berlin SW 68, Alexandrinenstr. 110.

Versammlungen

Achtung! Zigaretten-Maschinenführer und Betriebshandwerker.

Die Nordenbetriebe tagen am Montag, den 20. März 1922, nachmittags 4½ Uhr bei Schrader, Alte Schönhauserstraße.

Die Branchenversammlung findet statt am Donnerstag, den 23. März, nachm. 4½ Uhr, in den Musikersälen' Kaiser Wilhelmstr. 31.

Mitgliedsbuch und Karte legitimiert.

Die Konferenz der Branchenkommission u. Vertrauensleute ist am Mittwoch, den 22. März, nachm. 4½ Uhr bei Schrader.

Theater u. Vergnügungen

Metropol Varieté
Behrenstraße 54
7½ Uhr
Gastspiel
Arnold Korff
Herbert Kiper
Paul Rehkopf
Frida Lehndorff
in der Sensations-Groteske
„Das Selbstmordhotel"
dazu 9 Varieté-Attraktionen

Circus Busch
Tgl. 7½, Stg. auch 3 U.
Das Störtebeckerloch
i. Manegeschaustück
„Störtebecker"
8 fesselnde Bilder 8
10 Circus-Sensationen 10

Mandolinen, Guitarr., Lauten, Grammophone. Teilzahlung. 5 mtl. Rtn. Petersburgerstr. 23 I.

Metall ankaufsstelle Osten, Lasiner Weg 10 zahlt Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Altmetalle kauft zu Engrospreisen J. Abusch, Metall-En gros O 27, Blankenfeldestr. 5 nahe Alexanderplatz Fahrkosten werd. verg.

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Speditionen des Verlages

Geschäftsstelle: Berlin SW, Breite Str. 8-9

Das Überschriftswort 2.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.75 M. netto — Stellengesuche: Überschriftswort 2— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M.

Verkäufe

Gardinen-Fabrik! Wir haben uns rechtzeitig eingedeckt und sind daher in der Lage, noch zu alten billigen Preisen zu verkaufen. Wir machen Ihnen, solange unsere Vorräte reichen, kolossal billige Angebote! Künstlergardinen, dreiteilig, bis zu den feinsten Ausführungen von 65.—. Bunte Madrasgardinen, die große Mode, wunderbare Farbenstellung, von 275.—. Halbstores mit Klöppel und Fileteinsätzen, reizende Muster von 175.—. Bettdecken, einbettig und zweibettig, wunderbare Ausführung von 225.—. Gardinenstoff, Friedensqualität, doppelbreit, Meter von 32.—. Divandecken, prima Qualität, von 425.—. Tischdecken von 175.— aufwärts. Extraabteilung von Bettwäsche, Leibwäsche und Küchenwäsche, kolossale Auswahl zu Engrospreisen. Besichtigung unserer Riesenlager ohne Kaufzwang erbeten. Inserat mitbringen, fünf Prozent Extrarabatt. Friedl's Gardinenhaus, Prinzenstraße 84 I. Kein Laden. Zwischen Moritzplatz und Hochbahnstation Prinzenstr. Fahrgeldvergütung.

[illegible] Jägerstr. 71. Echte Kr[illegible], Tägl. [illegible] elegante [illegible] Smoking- und Frackanzüge sowie Schlafröcke und Regenm[illegible] [illegible]

[illegible] wenig gebraucht, verkauft billig Strem, Anklamer Str. 30.

Staunen erregend! Wunderbare Neuheiten in Kreuz-, Alaska-, Zobel- und Silberfüchsen! Riesenauswahl aller Pelzarten zu fabelhaft billigen Sommerpreisen! Keine Verarbeitung! Spezial-Pelzhaus im Leihaus! Warschauer Str. [illegible]

Bettwäsche alle billig! Trotz steigender Konjunktur immer noch konkurrenzlos billige Preise. Deckbettbezug von 165.—, Laken 75.—. Aussteuer Sonderrabatt. Wäschestoffe, Handtücher, Bettsatins. Nur wirklich gute Qualitäten. Riesenauswahl zu Engrospreisen. Reelle fachmännische Bedienung. Aelteste Spezial-Bettwäschefabrik, Gräfestr. 30 (Hasenheide).

[illegible] Sommerpaletots, Sommerschlüpfer, Covercoats, Cutaways, Gehrockanzüge, Gummimäntel, Hosen [illegible] Prozent [illegible] Neue Lombardware, Leih[illegible] Rosenthaler Tor, [illegible] Rosenthaler Straße.

Gardinen-Arbeit! Künstlergardinen 125.—, Madrasgardinen 190.—, Stores 175.—, Bettdecken 85.—, Gardinenstoffe äußerst preiswert. Deutsch, Landsberger Straße 13, parterre. Kein Laden.

[illegible]

Ehe Sie auf[illegible], besichtigen Sie bitte unser Riesen-Lager, aller Kostüme, in erstklassigen Herren-Moden, [illegible] Tuch[illegible], Cutaways, [illegible] über reichster Auswahl und Schönheit, zu [illegible] billigen Preisen. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßarbeit und Jahresbezahlung. Keine Lombardware. [illegible] Frankfurterstraße 5, direkt Rosenthaler Tor.

[illegible] Gebe keinen Laden und sonstige Geschäft [illegible] billige [illegible] Künstlergardinen, [illegible] Garnitur 90.—110.—, [illegible] Bettdecken [illegible] Schalgardinen, [illegible] Stores [illegible] Rosenthaler Tor. [illegible]

[illegible] Moderne Herrenanzüge, Schlüpfer, Ulster, Cutaways, Streifhosen, sämtliche sehr preiswert, erstklassige Verarbeitung u. in vornehmster Ausführung. Bequeme bis[illegible] Teilzahlung. Gebrüder Feniger, Oranienburger Str. 58, Seitenflügel (am Oranienburger Tor). Geschäftszeit 9-7. Bitte Hausnummer genau beachten.

[illegible]

Räderwelt[illegible], Kinderwagen, Kastenwagen und alle Sorten Fahrräder, [illegible] Puppenwagen billig, Brunnenstr. 9 (Humboldt 871).

Kaufgesuche

Gold[illegible] kauft Bühnel, Elsasser Str. 25 I.

Firnis, Schellack, Leim, Bleiweiß, Terpentin kauft Handlung chem. Produkte, Landsberger Allee 139. (Fernsprecher Alex. 2001).

[illegible] Neue [illegible]str. 35 (nur im Laden) kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, sämtliche Metalle.

Gold-, Silber- [illegible] kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

[illegible] kauft Einkaufszentrale, Fennstraße 52. Moabit 6034.

[illegible] für Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Feilen, sämtliche Werkzeuge, Bohrfutter, Sägeblätter, etc. zahlt Boeker, Straußberger Straße 44.

[illegible] sofort auf jede Wertsache, Pfandscheine, Wäsche, Goldsachen usw. Rückkaufsrecht. [illegible] Danziger Str. 63, hochpart. [illegible]

[illegible]

Möbel

Möbelspeicher „Beinabbruenn". Bab[illegible] Seltene elegante [illegible] Schlafzimmer, [illegible] Stubeneinrichtungen, neue und gebrauchte, Küchen prima Email [illegible] gebrauchte 275.— Auch auf Teilz.

Ter[illegible] Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, farb. Küchen in seltener Auswahl, bequemste Zahlweise bei kleinster An- und Abzahlung, verkauft Möbel-Cohn, Gr. Frankfurter Str. 58, 1½ Minuten vom Alexanderpl. i. Norden Badstraße 47-48.

Möbelkre[illegible] bei [illegible] oder Anzahlung [illegible] Große Auswahl in kompletten [illegible] eleganten [illegible] Küchen. [illegible] Oranienstr. 14a (Moritzplatz). Gegründet 1 7[illegible].

[illegible] Brunnenstraße 7 offeriert Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Klubgarnituren, Küchen usw., große Auswahl. Besuch lohnend. Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

[illegible] Schlafzimmer [illegible] [illegible] [illegible]

Möbel-Roth Schlaf-, Speise- u. Wohnzimmer, bunte Küchen, [illegible] Möbel gegen bar und Kredit. Bequeme Anzahlung und Abzahlung. Elsasser Str. 44 [illegible] Tor.

M[illegible] [illegible] Chaiselong. 100.—, [illegible]matratzen, Bettstellen, Kinderbett- [illegible] Meyer, [illegible]straße 37a. [illegible]

[illegible] Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen, [illegible] billige Preise, große Auswahl. [illegible] Möbeltisch[illegible] Brunnenstr. 16[illegible].

Fahrräder

Fahrradankauf, [illegible] Brückner, [illegible]str. 78.

[illegible] gebrauchte kauft zu hohen Preisen Schlesinger, Wilmersdo. Str. 50-51.

Fahrradankauf, [illegible]str. 19

[illegible] Fahrradgummi, Fahrräder beispiellos billig. Schlawe, Weinmeister Straße 1.

Werkzeuge und Maschinen

[illegible]

Schnell [illegible] kauft Hirsch, Ruppiner Str. 37

Bücher [illegible] kauft zu höchsten Preisen Kiestein, Linienstr. 50.

Vermietungen

Möblierte Zimmer, möblierte Wohnungsadress. stets vorrätig. Expreß-Abteilung der E. Wo-Ge, Alexanderstr. 38, Friedrichstraße 50, W. Potsdamer Straße 58.

[illegible] Vereinszimmer unentgeltlich Oranienstr. 180

Über 10000 Wohnungs-Tausch-Adressen stehen zur Verfügung. Ewoge, Alexander Straße 38, Friedrichstr. 25, Potsdamerstr. 58. Tausende nachweisbare Vermittlungen.

Mietsgesuche

[illegible] Bürovorsteher sucht möbl. Zimmer, Westen oder Vorort. Angebote [illegible] Hauptexpedition „Freiheit" Breitestr. 8-9.

Arbeitsmarkt

[illegible] Hand- und Maschinennäherinnen verlangt auf [illegible] Liebmann, [illegible] Allee 44.

Unterricht

Vierteljährige Sonderlehrgänge: Buchführung, Rechnen, Schriftverkehr, Stenographie, Maschineschreiben, Halbjahres-Jahres-Lehrgänge, Sonderlehrgänge für Schüler höherer Lehranstalten, Englisch, Französisch. Kaufmännische Privatschulen Ludwig Rösner, Inhaber Ernst Rösner, Neue Promenade 3 (Börse-bahnhof).

Autom[illegible] lernen Damen und Herren in den Privat-Automobil-Fahrschulen Otto Kraschewski, Köpenickerstr. 118, Adolf Bande, Bergstr. 72, Joh. Kraschewski, Bülowstr. 14.

Siedlungen

Selbstbau-
Siedlung nahe Bahnhof Fredersdorf. Eingezäunte Parzellen, kleine Anzahlung. Siedlungsverein, Steglitz, Treitschkestraße 18.

Geld
[illegible]

Altmetalle
zahlt hohe Preise. Oderberger Str. 1, Reinickendorfer Str. 10[illegible].